



„Ein Haushalt der politischen Unvernunft“

Stellungnahme von Dietrich Keymer für die CSU-Fraktion zum Haushalt 2016

Anreden.

„Bei dem Haushalt 2016 handelt es sich um einen Haushalt der politischen Unvernunft. Aus diesem Grund haben wir ihn abgelehnt.

Es ist richtig, Frau Bürgermeisterin, dass Sie Weichen stellen – allerdings in die falsche Richtung. Es ist richtig, dass wir der Betreuung von Kindern bis ins Grundschulalter hohe Bedeutung beimessen. Hierüber hat es bisher auch keinen grundsätzlichen Dissens gegeben.

Es gehört zu den Ritualen der Haushalts-, aber auch anderer Sitzungen dieses Gremiums, dass - wie heute - von Seiten der SPD massive Kritik an der Bayerischen Staatsregierung geübt wird. Aber, Herr Kollege Zill, Ihr Vorwurf, die Staatsregierung habe es versäumt, die Ausbildungskapazitäten für KiTa-Fachpersonal rechtzeitig zu erhöhen, geht ins Leere. Wir haben uns auch schon mit dieser Frage beschäftigt und die Auskunft bekommen, dass es überall außerhalb des Großraums München genügend Fachpersonal gibt. Wir haben die bekannten Personalprobleme nur, weil unsere Region aufgrund ihrer hohen Lebenshaltungskosten nur sehr eingeschränkt attraktiv ist.

Kinder gehen bekanntlich nicht mit Abschluss der Grundschule in den Ruhestand. Sie brauchen weiterführende Schulen, um dort eine möglichst gute Schulbildung zu erhalten. Aus diesem Grund halten wir, die CSU, es für wichtig, dass wir die Chance nutzen, eine Realschule mit FOS/BOS in Haar zu bekommen. Auch wenn dies eine freiwillige Aufgabe ist, wir leisten uns auch im Bereich der Kinderbetreuung manches, wozu wir nicht verpflichtet sind. Auch für das Gymnasium Haar leisten wir erhebliche finanzielle Beiträge. Warum sollten wir dies nicht auch für eine „eigene“ Realschule tun?

Wenn wir die Chance, eine Realschule mit FOS/BOS nach Haar zu bekommen, nutzen wollen, müssen wir einen Standortvorschlag machen und die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für den Bau der Schulen schaffen, also einen Bebauungsplan aufstellen. Hierfür benötigen wir Mittel, die im Haushalt nicht enthalten sind. Sie haben den Antrag abgelehnt, einen solchen Ansatz aufzunehmen. Wir halten dies für falsch und unvernünftig.

Das andere Thema ist der Wohnungsbau. Wir, die CSU, waren es, die den kommunalen Wohnungsbau in unserer Gemeinde schon im Januar 2013 zum Thema gemacht haben. Wir haben beantragt, Grundstücke im Eigentum der

Gemeinde für den Geschößwohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Allerdings ist dieser Antrag damals von der SPD-Fraktion abgelehnt worden - auch von Ihnen, Frau Bürgermeisterin, in Ihrer damaligen Funktion als zweite Bürgermeisterin. Sonst wären wir schon weiter.

Es ist auch nicht, wie Sie meinen, Frau Bürgermeisterin, das „kapitalistische System“, das zu den hohen Wohnungsmieten in unserer Region führt. Es ist der Siedlungsdruck, auf den wir nur begrenzten Einfluss haben. Unsere Gemeinde hat schon immer eine größtmögliche Vorratspolitik bei den Grundstücken betrieben. Hierin waren wir uns auch immer einig. Ich habe auch gar kein Problem, Verdienste Ihres Amtsvorgängers auf diesem Gebiet anzuerkennen.

Weil wir eben diese Politik betrieben haben, sind wir, die CSU, auch unverändert der Meinung, dass geeignete gemeindliche Grundstücke im Wege des Erbbaurechts für den Geschößwohnungsbau zur Verfügung gestellt werden sollen. Auch auf einen Erbbauzins können wir, wenn erforderlich, verzichten. Auch hätten wir nichts dagegen, wenn zusätzliche Mittel z.B. für eine Erhöhung unserer Einlage bei der Baugesellschaft München-Land im Haushalt vorgesehen würden. Wogegen wir uns wehren ist lediglich, zusätzlich Geld für Investitionen in die Gebäude auszugeben. Mit dem Grundstück leisten wir bereits einen ganz wesentlichen wirtschaftlichen Beitrag, um die Mietkosten abzusenken.

Insbesondere halten wir es für unangemessen, zusätzliche Millionen zu investieren, wenn hierdurch die Rücklagen im Jahr 2019 auf 1,5 Mio. € abschmelzen, gerade mal eine Million über der Mindestrücklage.

Es besteht auch noch ein anderer Grund, warum es unvernünftig ist, „Eigenkapital“ der Gemeinde in den Wohnungsbau zu investieren. Es gibt derzeit gerade für den Wohnungsbau Fremdkapital zu äußerst günstigen Bedingungen. Vermutlich werden noch weitere Verbesserungen geschaffen werden. Es besteht daher überhaupt kein Bedarf für Ihren Haushaltsvorschlag.

Aus diesen Gründen ist der Haushalt in wesentlichen Punkten unvernünftig, so dass wir ihm nicht zustimmen konnten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.“